hältniswahl werden von Paulus dagegen wohl unterschätzt. Bis 1945, wie der Titel anführt, ist die Untersuchung nicht ausgedehnt. Sie endet bis auf ganz vereinzelte Angaben 1941 und verzichtet damit auf die Darstellung der Daseinsvorsorge in der kriegsbetroffenen Stadt, die weiteren Aufschluß über die diskutierten Erklärungsmuster Pragmatismus und Ideologie in der Wohlfahrtspflege hätte bieten können.

Beide Arbeiten referieren detailreich und einleuchtend die komplexen politischen Entscheidungsprozesse und relativieren bisherige zu allgemeine Aussagen, z. B. über den Pragmatismus sozialdemokratischer Kommunalpolitiker in der Weimarer Republik. Das „gängige Bild einer überparteilichen Kommunalbeamtenschaft", das Brandmann für Leipzig widerlegt (S. 437), dürfte für alle größeren sächsischen Städte unzutreffend sein. Demgegenüber stellen die beiden Autoren die starke Gebundenheit des konkreten historischen Prozesses an die lokalen Gegebenheiten in Struktur, Finanzkraft, kultureller Tradition und Personal bis hin zum persönlichen Konflikt der Protagonisten heraus. Sowohl Brandmann als auch Paulus entgehen nicht immer der Gefahr, die lokale Situation in Leipzig einerseits und die Wohlfahrtspolitik andererseits selbstreferentiell zu betrachten. Kommunale Selbstverwaltung war, zumal in der Weimarer Republik, auch ein komplexer Prozeß des Erfahrens und Erlernens partizipatorischer Möglichkeiten in einem quasiparlamentarischen System, nicht nur Gewährleistung der Daseinsvorsorge. Möglicherweise bietet sich darin eine Erklärung an für den Minimalkonsens in praktischen fürsorgepolitischen Fragen, der bei Weiterführung hochpolitisierter Grundsatzdebatten nach 1923 in Leipzig erreicht wurde. (Brandmann, S. 445). Die Unterscheidung zwischen „Beseitigung demokratischer Prinzipien und den Grundsätzen einer auf Rationalität und Effizienz ausgerichteten kommunalen Selbstverwaltung" (Paulus, S. 15–17) ist deshalb problematisch.

Der statistische Teil bei Paulus kann in seiner Gestaltung so nicht befriedigen. Tabelle 1 und 2, die offensichtlich zum Vergleich gedacht sind, eignen sich wegen der unterschiedlichen Aufbereitung sehr wenig dafür, Angaben von Maßeinheiten fehlen und dreidimensionale Darstellungen sind ohne statistischen Aussagewert verwendet.

Insgesamt leisten beide Arbeiten zunächst einen wertvollen Beitrag zur Leipziger Stadtgeschichte und befruchten darüberhinaus die Diskussion um Periodisierung und Zäsuren bei der Entstehung des Sozialstaates. Der vergleichende Anspruch konnte nur punktuell eingelöst werden.

Dresden Gunda Ulbricht

Matthias John, Höhere Bildung in Leipzig. Karl Liebknecht als Nicolaitaner und Studiosus. Leipzig, Universitätsverlag, Leipzig 1998. 176 S.

Eine gute Überlieferung ermöglichte es dem Autor, die Schulbildung an Bürgerschule, Nikolaigymnasium und das Studium von Karl Liebknecht in Leipzig detailliert vorzustellen: Stundenpläne, die Lehrer am Gymnasium (mit kurzen Biografien), seine Schulnoten, die Leistungen im Abitur werden ebenso belegt wie die Anfänge als Student der Rechts- und Kameralwissenschaften in Leipzig, das er nach einem Semester wegen des Umzugs seiner Eltern nach Berlin verließ. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Zugehörigkeit zum „Akademisch-philosophischen Verein" und der „Freien Wissenschaftlichen Vereinigung." Darstellung und Doku-

mentation der wichtigsten Unterlagen (S. 63–168) präzisieren wesentlich die Kenntnisse über den Bildungsgang des späteren Reichstagsabgeordneten und Revolutionärs. Mißverstanden wird Liebknechts Brief an seine Frau vom 2. 9. 1917 (S. 57). Dieser spielt auf Raufereien mit seinen Brüdern am elterlichen Mittagstisch, nicht auf die Folgen „feuchtfröhlicher Zechrunden" an. (Wer soll die Raufereien „geduldet" haben, wenn nicht Liebknechts Vater!). Schärfer wäre zwischen der an der Universität streng untersagten sozialdemokratischen Vereinsbildung oder einer hervortretenden Betätigung in der bis 1890 verbotenen Partei und „sozialdemokratischer Gesinnung" von Studierenden zu unterscheiden. Die Liste der in- und ausländischen Leipziger Studiosi, Söhne von Reichstagsabgeordneten, die bereits Mitglieder der SPD waren, teilweise an der Leipziger Volkszeitung mitarbeiteten, ist lang. Insgesamt liegt auch ein solider Beitrag zur sächsischen Schul- und Universitätsgeschichte vor.

Leipzig Siegfried Hoyer

Friedrich Ebert als Reichspräsident. Amtsführung und Amtsverständnis, hrsg. von Eberhard Kolb. Oldenbourg Verlag, München 1997. 317 S. (= Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Bd. 4)

Demokratie in der Krise. Parteien im Verfassungssystem der Weimarer Republik, hrsg. von Eberhard Kolb und Walter Mühlhausen. Oldenbourg Verlag, München 1997. 170 S. (= Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Bd. 5)

Beide hier anzuzeigende Werke sind als Sammelbände Ergebnisse von zwei wissenschaftlichen Tagungen, welche die Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte unter gleichem Titel 1993 bzw. 1994 durchgeführt hat. Die Stiftung selbst widmet sich nach eigenen Angaben der Aufgabe, „das Andenken an das Wirken des ersten deutschen Reichpräsidenten Friedrich Ebert zu wahren und einen Beitrag zum Verständnis der deutschen Geschichte seiner Zeit zu leisten". Über den Nutzen Ebert-bezogener Forschung hinaus erscheint diese Aufgabenstellung in der Tat als notwendig. Denn immer noch und gerade nach der staatlichen Wiedervereinigung Deutschlands fällt der Geschichtswissenschaft auch eine sinnstiftende Funktion besonders in der Pflege schwarz-rot-goldener Traditionen zu. Mit Blick auf die geistigen Hinterlassenschaften zweier totalitärer Diktaturen auf deutschem Boden im 20. Jahrhundert ist eine tiefgreifende Thematisierung und Würdigung Eberts als Mitbegründer und Präsident des ersten deutschen Verfassungsstaates von staatsbürgerlicher Bedeutung. In beiden Werken wird dieses Anliegen der Stiftung ebenso deutlich sichtbar wie das erfolgreiche Bemühen um Schließen von forschungsrelevanten Desideraten. Darüber hinaus enthalten mehrere Aufsätze eine Reihe neuer Erkenntnisse zum Verhältnis zwischen Reichspräsident und Freistaat Sachsen in der Zeit von 1919 bis 1925.

Der Band *Friedrich Ebert als Reichspräsident* vereint neben Aufsätzen von Ludwig Richter über Eberts Anteil an der Bildung der Weimarer Koalition 1919, von Walter *Mühlhausen* über das Büro des Reichspräsidenten, von Eberhard *Kolb* über die Auseinandersetzungen um die „Volkswahl" des Reichspräsidenten 1919–1922